

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 7/15

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Sommerloch a.d.Ruhr trotz weltweitem Durcheinander



Mit Beginn der Sommerferien zeigt sich auch in Mülheim endlich die Sonne. Viele brauchen Ruhe und Entspannung, egal ob im Fern- oder Nahurlaub oder auf Balkonien. Die von dem Stakkato der Schreckensmeldungen von immer neuen Brennpunkten der Erde überforderten Deutschen im vermeintlich noch gelobten Land sind zudem gestresst von einem Streik nach dem anderen im eigenen Land. Zu allem Überfluss beschert das Dauerproblem Griechenland uns zu Ferienbeginn den wohl nicht mehr vermeidbaren Grexit mit unüberschaubaren Folgen auch für Euro und EU. Letztere scheint mit den Wahlen in Finnland, Dänemark, UK und selbst Österreich ohnehin vor großen Zerreißproben zu stehen. Im beschaulichen Mülheim aber hat man/frau sich auf Sommerloch wie immer eingeschworen, um danach irgendwie OB-Wahlkampf pur vortäuschen zu können. SPD-OB-Kandidat Scholten machte schon mal Punkte in der WDR-WG im ach so entfernten Marxloh. Die noch-OB malt rosarote Erfolgsbilanzen und die lokalen Medien machen fast alles mit. Dabei verdunkeln auch a.d. Ruhr düstere Wolken den Wohlstandshimmel!



Bei ihrem letzten Bürgerempfang sieht Frau Mühlenfeld alles rosig

Am 24. Juni fand der alljährliche Bürgerempfang der OB statt. Vor ca. 400 Geladenen lobte die scheidende OB die "Errungenschaften" ihrer 12jährigen Amtszeit in höchsten Tönen, vor allem "natürlich" ihr Lieblingsprojekt Ruhrbania. Die Ruhrpromenade bezeichnet die OB als neues Stück Mülheim, „an dem die Menschen endlich erleben und genießen können, was unsere Stadt ausmacht, nämlich den Fluss in ihrer Mitte“. Empfänge für Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Neubürger und "nur" Bürger hatte sie eingerichtet als "neue Form demokratischer Mitgestaltung" (neu ??) ähnlich der Bürgeragentur, den Haushaltsforen, dem Jugendstadtrat oder der Leitbildprojekte. Ihr Credo: „Lokale Demokratie ist keine Stimmungsdemokratie“. Kommentar überflüssig bei so viel Selbsttäuschung!

Jugend"stadtrat"-Wahl mit Minusrekord von nur 7,8% Beteiligung

Gerade einmal 986 Jugendliche von knapp 12.000 Berechtigten beteiligten sich an der Wahl zum eigenen Stadtparlament. Auch bei der letzten Wahl zum sog. Jugendstadtrat vor 2 Jahren lag die Wahlbeteiligung bei nur ca. 8%. Dennoch zeigte sich Frau OB damals wie heute hoch erfreut, dass überhaupt ein JSR zustande gekommen sei, denn die Wahl damals musste mehrfach verschoben werden, weil sich lange zu wenig Kandidat/innen fanden. Ein solcher JSR ist eine absolut freiwillige Geschichte, die sich eine Stadt leisten will oder auch nicht. Es wird kein Weg daran vorbei führen, sich über den Sinn eines JSR in Mülheim Gedanken zu machen. Auch in den 90er Jahren war unter OB Gullenstern ein ähnliches Jugendparlament ob des Desinteresses der Jugend daran wieder abgeschafft worden.

Die MBI wünschen allen und trotz allem eine schöne und erholsame Sommerzeit!

Wir hoffen, dass der Umbau des Depot Speldorf im Juli wirklich beginnt, ebenso die Verlagerung des unsäglichen Fallwerks Jost, das Ende Aug. angeblich an der Timmerhellstr. weitermachen soll! **Versprochen ist versprochen!**

Auf den folgenden Seiten:

- "Korruptionsnetzwerk" um Rinas weiter im Dunkeln nach kurzfristiger Klagerücknahme! S. 2
- Mehr Gleichstellung durch mehr Bürokratie funktioniert nicht! MBI-Antrag beendete den Unfug!..... S. 3
- Städtetag zu rapide wachsender Disparität zwischen den Städten: "Entwicklungschancen für alle sichern"
Nur leider aus Sicht des Ruhrgebiets: Außer Spesen nichts gewesen?S. 4

Einlegeblatt: Der desintegrierte Integrationsrat in Mülheim und auf der Rückseite:

Asylrecht überholt? Statt dessen regulierte Einwanderung und Flüchtlingskonventionen?

Mülheim und seine Beteiligungsgesellschaften, eine undurchschaubare Sumpflandschaft?

Korruptionsnetzwerk um Rinas weiter im Dunkeln?!



Heinz Rinas (Bild links), Träger des Bundesverdienstkreuzes, wurde 2010 als 2. Geschäftsführer der ausgegliederten Stadttochter „Mülheimer Seniorendienste GmbH“ eingestellt, da der vorherige alleinige Geschäftsführer Stefan Mühlenbeck (Bild rechts) der Sache angeblich nicht gewachsen war. Der wurde dann 2011 erst innerhalb der BHM (stadteigene Beteiligungs-Holding) versetzt,



dann entlassen und schließlich Strafantrag gegen ihn gestellt. Er hatte nicht gerade durch gewissenhaften Umgang mit öffentlichen Geldern gegläntzt, so dass der Umbau des Altenheims Kuhlendahl um Millionen teurer wurde. Er hatte sich nach seiner Abberufung aber konstant geweigert, notwendige Daten und Computer rauszurücken uswuf.. Auch in dem Fall ermittelt angeblich immer noch die Staatsanwaltschaft. Wieso hat die Öffentlichkeit davon eigentlich nichts mehr erfahren?

Rinas managte dann den Umbau des Altenheims Kuhlendahl erfolgreich, doch bereits 2013 wurde er fristlos entlassen. Man konnte damals nur den Kopf schütteln, als die Entlassungsgründe für Rinas bekannt wurden. Wie konnte jemand wie er, der laut Beteiligungsbericht in 2012 ein Jahreslöhler von immerhin ca. 118.000 € erhielt, die defizitäre Senioreneinrichtung missbrauchen, um für sich persönlich z.B. Lebensmittel oder Kleider (in seiner Übergröße) zu beschaffen? Unglaublich, aber auch dumm. Ein Jahr später war dann in der WAZ zu lesen, er habe in kurzer Zeit ganze Netzwerke von Filz und Korruption bewerkstelligt, in den auch etliche „stadtbekannte“ Personen aus Politik und Wirtschaft verstrickt seien. Wer außer dem FDP-Ratsherr Beitz noch in die Affäre verstrickt sein soll, bleibt weiter geheim. Auch die Staatsanwaltschaft Duisburg gab bisher keine gute Figur ab. Der neueste Schwenk in der Affäre ist dem WAZ-Artikel vom 26.6.15: „Heinz Rinas zieht seine Klage kurzfristig zurück“.

Als Normalbürger versteht man Vieles aus dem gesamten Sumpf nicht, doch egal.

Was ist nun bei Rinas und seinem „Netzwerk“ anders als bei den vielen Skandalen zuvor, unabhängig davon, dass er zum Glück nicht auch noch längere Zeit weiter machen konnte, bis alles aufflog?

Mülheim ist nämlich nicht gerade ein weißes Blatt, wenn es um Filz und Korruption oder um schamlose Selbstbedienung bei öffentlichen Stadtöchtern o.ä. geht oder ging. Nur hatte das bisher selbst in den bedenklichsten Fällen wie u.a. bei Broekmanns, Baganz, Yassine, Bremekamp, Bultmann, Eismann, Mühlenbeck oder Rixecker nie wirkliche Konsequenzen zur Folge, außer Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen MBI ler wegen Geheimnisverrats, weil die MBI öffentlich skandalöse Dinge angeprangert hatten. Irgendwie waren ansonsten aber in fast jedem Fall genauere Untersuchungen, geschweige denn Bestrafungen kaum möglich. Ob das nun so war, um „wichtigere“ Leute oder Hintermänner/-frauen zu verschonen oder auch nicht, sei dahin gestellt. Selbst bei dem Dokumentenfälscher und Mandats-händler Yassine, bei dem ganze Berge von Rechtsbrüchen nachgewiesen waren, kam am Schluss nur ein sehr mildes Urteil mit Samthandschuhen heraus.

Rinas hat nun kurzfristig seine Klage gegen die fristlose Kündigung zurückgezogen. Damit braucht auch keiner der von der Stadt benannten Zeugen öffentlich vor Gericht auszusagen. Das besagte „Netzwerk“ bleibt also weiter geheim. Rinas erhält keine Lohnfortzahlung oder Abfindung, doch das kann er verschmerzen, weil längst wieder Geschäftsführer, nun in Bad Sassendorf!

Man darf also gespannt sein, was im Endeffekt aus der Aufarbeitung der „Korruptionsnetzwerke“ um Rinas wirklich wird. Bereits im Nov. 14 forderten die MBI in einem Antrag ausführliche und detaillierte Informationen, was und wer mit „Korruptionsnetzwerk“ in Mülheim (Zitat WAZ) gemeint ist! Mit Verweis auf das laufende Verfahren wurden die Auskünfte aber verweigert!

Auch der „Fall Rinas“ bekräftigt im Übrigen die „alte“ MBI-Forderung, städtische GmbHs sukzessive wieder in den Kernhaushalt zurück zu überführen!

Mehr Gleichstellung durch mehr Bürokratie funktioniert nicht! MBI-Antrag beendete den Unfug!

Einzig gegen 4 Stimmen der Grünen/ (2 ihrer Ratsherrn waren abwesend) + der von Frau OB Mühlenfeld wurde der unten stehende MBI-Antrag am 25.6.15 im Rat mit ganz großer Mehrheit beschlossen. Hoffentlich hält das die auch in Mülheim mitunter notorischen „GleichstellerInnen“ davon ab, im bankrotten Mülheim auch noch Ampelfrauchen oder Änderung ganzer Schriftzüge, wie auf Landesebene bei dem angeblich Frauen diskriminierenden Namen „Studentenwerk“ so verordnet, zu verlangen und damit ganze Zeitungsseiten zu füllen. Die Mülheimer Pressevertreter verließen kurz vor Behandlung dieses MBI-Antrags den Ratssaal. Auch das kein Einzelfall. Doch egal, denn schließlich sind alle gegen Diskriminierung, gell.

MBI-Antrag für den Rat der Stadt Mülheim am 25.6. 2015 TO öffentlich
Abschaffung der Abfrage „Gleichstellungsrelevante Aspekte“ bei jeder Vorlage aller Mülheimer Gremien
Der Rat der Stadt möge beschließen:
Die vor Jahren eingeführte obligatorische Rubrik des sog. Bausteins „Gleichstellungsrelevante Aspekte“ in allen Vorlagen und Drucksachen wird ab sofort abgeschafft.

Begründung

Im Juli 2011 wurde kurz vor Mitternacht im Rat der Stadt Mülheim mehrheitlich auf Antrag von SPD und Grünen als Verpflichtung beschlossen, in sämtlichen städtische Vorlagen inkl. aller Vorlagen aus den Fraktionen „gleichstellungsrelevante Aspekte als Baustein“ am Schluss jeder Vorlage zu berücksichtigen und ggfs. als Anlage zur Drucksache anzufügen. Wer also seither unter „Gleichstellungsrelevante Aspekte“ Ja ankreuzt, soll u.a. folgendes in seiner Stellungnahme berücksichtigen:

„ Die Darlegung gleichstellungsrelevanter Aspekte erfolgt im Kontext der Drucksache, ggfs. als Anlage zur Drucksache. Dabei müssen z.B. Planungskriterien, Verordnungen, Rechtsgrundlagen, Richtlinien etc., die dem Vorschlag zu Grunde liegen, genannt werden. Es ist hervorzuheben, zu analysieren und darzulegen, inwieweit gleichstellungsrelevante Aspekte berücksichtigt wurden. “

Wer Nein ankreuzt, für den soll gelten:

„Die Darstellung gleichstellungsrelevanter Aspekte entfällt aus folgenden Gründen:“

So jedenfalls lauten die „verbindlichen“ Vorgaben unter jeder Drucksache.

In den 4 Jahren seither war die Gesamtzahl der mit Ja angekreuzten Vorlagen derart verschwindend gering, dass ihr Anteil wahrscheinlich nur im Promillebereich zu finden ist. Einige Fraktionen lassen seit längerem diesen Baustein ganz weg. Andere kreuzen Nein an und begründen mit „ “ (also Nichts), auch die ehemals federführend antragstellenden Grünen.

Die Verwaltung kreuzt fast immer Nein an und wechselt dann i.d.R. zwischen zwei Textbausteinen als Begründung. Mal heißt es lapidar: *„Bei dieser Beschlussvorlage liegen keine gleichstellungsrelevanten Aspekte vor“*. Oder „ausführlicher“: *„ . wirkt sich in vergleichbarer Weise auf die Belange von Männern und Frauen sowie auf alle gesellschaftlichen Gruppen aus. Chancengleichheit ist also gegeben. “*

Zusammengefasst:

Die Intention, mit der dieser verpflichtende zusätzliche Baustein vor Jahren beschlossen wurde, ist nahezu 100% verfehlt worden. Geblieben ist ein bürokratischer Mehraufwand ohne besonderen Nutzen, der bereits viel Papier bzw. KB verbraucht hat für einen Nulleffekt, zumindest im Sinne von wirklicher Gleichstellung, Anti-Diskriminierung oder auch Inklusion.

Womöglich liegt das eben auch daran, dass in Wirklichkeit alles irgendwie mit Gleichstellung zu tun hat. Man/frau müsste also selbst jede Anfrage, jede Berichtsvorlage oder jeden Antrag – und seien sie noch so von untergeordneter Bedeutung – mit der grundsätzlichen Beleuchtung von Genderfragen, von Untersuchung evtl. Diskriminierung von Behinderten, von Senior/innen, von Kindern oder Jugendlichen, von hetero- oder nicht-heterosexuell orientierten Menschen, von Migrant/innen mit egal welchem Status oder welcher Herkunft usw. versehen und anreichern.

Das überfordert sowohl Verwaltung wie Politik, aber auch die Bürger/innen. Nicht zufällig hat sich deshalb der Baustein „Gleichstellungsrelevante Aspekte“ als völlig untauglich erwiesen und sollte umgehend abgeschafft werden.

Eine Vorberatung im inzwischen erweiterten Gleichstellungsausschuss erübrigt sich, da die Faktenlage zu eindeutig ist. Man könnte es nur noch sehr schwer vermitteln, wenn darüber auch noch ganze Beratungsfolgen, evtl. auch noch in allen Bezirksvertretungen oder weiteren Gremien durchlaufen werden müssten.

L. Reinhard, MBI-Fraktionssprecher

Städtetag zu Disparität zwischen den Städten: "Entwicklungschancen für alle sichern" Nur: Außer Spesen nichts gewesen?

Vom 9. Bis 11. Juni fand die Hauptversammlung des deutschen Städtetages in Dresden statt. Motto:

„Wachsendes Gefälle zwischen den Städten – Entwicklungschancen für alle sichern“

Als Vertreter aus dem krisengeplagten Ruhrgebiet wurde man bereits etwas neidisch, die vielen wunderschönen Errungenschaften der schuldenfreien ehemaligen DDR-Stadt aus dem „Tal der Ahnungslosen“ erleben und besichtigen zu können. Doch egal, es sei ihnen gegönnt, wenn nur die stark wachsende Disparität der deutschen Städte endlich getreu des obigen Mottos angegangen würde.

Doch viel schlimmer als der klammheimliche Neid etwa auf die nagelneuen Straßenbahnen u.v.m. hinterließ das quasi-Null-Ergebnis des Städtetages einen sehr faden Nachgeschmack.

Die ca. 1000 Delegierten verabschiedeten eine Dresdener Erklärung, die zwar in allen Punkten richtig ist, aber völlig nebulös und vage bleibt, wie denn die himmelschreiende Disparität geändert werden solle und könne. Blabla, aber politisch völlig austariert.

Bekanntermaßen ist das Ruhrgebiet mit seinen 5 Millionen Menschen die Absteigerregion Deutschlands überhaupt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, denn serienweise brechen auch noch ganze Teile wichtiger Betriebe ein, ob Opel, Thyssen-Krupp, RWE, Karstadt, Hochtief, Siemens, Tengemann u.v.m.. Der Milliardenstau beim ÖPNV, die vielerorts explodierten Sozialkosten u.v.m. kommen noch hinzu.

Die Ruhrgebietsstädte sind hyperverschuldet oder wie Mülheim sogar bilanziell überschuldet. Der letzte Bericht zur Pro-Kopf-Verschuldung zeigt ein besorgniserregendes Verschuldungswachstum

Stadt	2014	2004	Veränderung in % in 10 Jahren
Oberhausen	8908 €	4982 €	+ 78,8%
Mülheim	8078 €	3449 €	+ 134,2%
Hagen	7602 €	3797 €	+ 100,2%
Duisburg	6575 €	4852 €	+ 35,5%
Essen	5811 €	3440 €	+ 68,9%
Bochum	4707 €	2681 €	+ 75,6%



Im 8-köpfigen Präsidium des Städtetages war das Ruhrgebiet bisher nur vertreten durch die Mülheimer OB Dagmar Mühlenfeld. Obwohl sie im Sept. nicht mehr zur Wahl antritt, wurde sie auch in das neue Präsidium gewählt, allerdings nur bis 20.10., danach wird sie durch die Saarbrücker OB Charlotte Britz ersetzt. Unabhängig von der Frage, warum Frau Mühlenfeld für diese kurze Zeit überhaupt wiedergewählt wurde (oder werden wollte), zeigt bereits die Zusammensetzung des Präsidiums, wie wenig das Motto dieses Städtetages wirklich allen ernst war und ist. Von dem mit Abstand größten Bundesland NRW ist demnächst nur noch der Wuppertaler OB im Vorstand, dafür 2 aus Bayern und 2 aus Baden-Württemberg.

Die Fragen von Quotierung und Parteienproporze waren wohl viel wichtiger als die reale Problemlage. Von den vielen NRW-Großstädten über 500.00 Einwohnern ist daher auch keine vertreten, ob Köln, Düsseldorf, Dortmund, Essen oder Duisburg.

Auch sonst bekam man bei den Reden und Tätigkeitsberichten des Präsidenten oder in den Foren mit ehrgeizigen Titeln wie „Städte im Abschwung – Städte im Aufschwung: Getrennte Welten?“ oder „Arme Städte – arme Bürger? Strategien für Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit“ usw. nicht wirklich den Eindruck, als würde die im Motto angegebene wachsende Disparität auch unter den Nägeln brennen. Die Podiumsdiskussion zum Abschluss des Städtetages beschäftigte sich mit „Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern“. Dass die bereits schwerwiegend verarmten Städte etwa des Ruhrgebiets fast völlig überfordert sind mit den Mammutaufgaben der Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen, war aber nicht Thema.

Die Krönung der Ignoranz gegenüber den enormen Problemen, denen sich der Städtetag mit seinem Motto stellen wollte/sollte, waren die Auftritte der Bundesregierung:

Frau Merkel hatte Schäuble geschickt, denn sie "musste" in Wuppertal eine Schülergruppe auszeichnen. Vize Gabriel sagte kurzfristig ab und schickte Frau Nahles als Ersatz, weil er im Bundestag unbedingt was zu Bürokratieabbau einbringen wollte, was eben außer ihm sicher keiner tun konnte.

Schäuble wie Nahles betonten zwar mehrfach, dass Demokratie nur funktionieren könne, wenn die Städte gut funktionieren. Doch der gesamte Rest von stundenlangen Reden war bezogen auf die Aufgabenstellung des Städtetages mehr oder weniger heiße Luft und bei Schäuble sogar noch arrogante und knallharte Absage an drängende Forderungen vieler Städte wie eine Umlenkung des Soli für verarmte West-Städte oder die Korrektur des Entflechtungsgesetzes, welches Bundesmittel für den kommunalen ÖPNV kürzen soll!

M ü l h e i m e r B ü r g e r - I n i t i a t i v e n

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

h t t p : / / w w w . m b i - m h . d e

Der desintegrierte Integrationsrat in Mülheim



Der Integrationsrat (IR) der Stadt Mülheim besteht aus 24 Mitgliedern, 16 Migranten und 8 Ratsvertretern. Die 16 Mitbürger mit Migrationshintergrund wurden auf einem separaten Stimmzettel bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 gewählt. Die Wahlbeteiligung für den Integrationsrat war mit 17,5% noch viel geringer als zur Europa- und zur Kommunalwahl. Die neue Liste i.B.M. (internationale Bürger Mülheims) errang auf Anhieb 4 Sitze und damit 2 mehr als die SPD-nahe Liste des IR-Vorsitzenden und SPD-Rats Herrn Enver Sen. Die „Frauen der Welt“-Liste errang ebenfalls 2 Sitze, der Rest waren Einzelmandate. In der 1. Sitzung des IR wurde Emine Arslan von i.B.M. zur Vorsitzenden gewählt. Um diese Wahlen gab es gehörigen Streit, weil Sen weiter Vorsitzender

bleiben wollte. Als Stellvertreter stellte er sich danach nicht zur Verfügung. Seither schmollt er und seine Getreuen inkl. der beiden SPD-Ratskollegen versuchen jede Sitzung, die Arbeit des neuen Vorstands in Frage zu stellen. Der IR-Vorsitzende wollte auch die NRZ bereits letztes Jahr die Mitgliedschaft in nationalistischen türkischen Gruppierungen nachsagen, was sie aber damals verneinte.

Die „Krönung“ der Auseinandersetzungen geschah aber nun im Juni 2015, zu der Sen nicht erschienen war. Hauptpunkt der Sitzung war die Vergabe der Zuschüsse an ausländische Vereine. Dazu hatte Anfang Mai eine Kommission des IR, an der sich jedes IR-Mitglied beteiligen konnte, einen Gesamtvorschlag erarbeitet.

Pünktlich zum Tag der Sitzung am 22.6. erschien in der NRZ der Artikel „*Wie unabhängig sind die Internationalen Bürger Mülheims? Gerüchte, dass einige Mitglieder rechts-nationalistischen Gruppierungen nahe stehen, scheinen sich zu erhärten*“. Der Artikel mit Foto der IR-Vorsitzenden berief sich auf „Kreise des IR“ und auf Facebook-Einträge. Scharf angegriffen wurden dabei 2 Gruppen: Eine UETD (Union Europäischer türkischer Demokraten) und die „Türkische und Deutsche Jugend Sozialer Kultureller Pflugschaftsverein“. Der UETD wird Unterstützung der AKP von Erdogan nachgesagt. Von der IR-Vorsitzenden wird behauptet, sie sei im UETD-Vorstand und Vorsitzende der UETD-Frauengruppe. Andere i.B.M.-Mitglieder seien zudem in dem anderen von der NRZ als Tarnorganisation dargestellten "Jugend"-Verein.

Bereits bei der Aussprache zur Tagesordnung ging es ziemlich durcheinander, weil der SPD-Rats Herr mit den ukrainischen Wurzeln die Vorsitzende bereits scharf angriff mit Verweis auf den NRZ-Artikel.

Beim nächsten TOP „Aktuelle Fragestunde“ legten dann beide SPD-Rats Herrn kräftig los, zitierten aus Facebook und Verfassungsschutzberichten zu einem unüberschaubaren Sammelsurium von türkischen Gruppen. Immer wieder mit Verweis auf den NRZ-Artikel war hauptsächlich die IR-Vorsitzende im Fadenkreuz. Nach erneut aufgeregten Beiträgen fand später der SPD-Antrag, dem o.g. "Jugend"-Verein die Zuschüsse zu verweigern, keine Mehrheit, da nur 1 Grüner mit der SPD stimmte, 8 dagegen und die Mehrheit sich der Stimme enthielt. Der folgende SPD-Antrag, der UETD keine Zuschüsse zu gewähren, fand dagegen eine Mehrheit, weil die meisten IR-Mitglieder sich enthielten. Voran gegangen waren wieder heftige Vorwürfe der SPD-Rats Herrn gegen die IR-Vorsitzende. Leider erst an dieser Stelle gab Frau Arslan an, nicht Mitglied des Vereins zu sein, weder in Vorstand, noch in der Frauengruppe. Das hätte sie aber der NRZ doch schon vor Monaten gesagt.

Die Gesamtlandschaft türkischer Vereine ist sicherlich unübersichtlich und z.T. bedenklich, doch im IR sollte wichtig sein, inwieweit ein solches Gremium das Zusammenleben der Völker- und Kulturenvielfalt in unserer Stadt verbessern kann und will. Die IR-Vertreter sind erst einmal gewählt worden. Bei der IR-Vorsitzenden war bisher nicht zu erkennen, dass sie ihre Stellung missbraucht, um für Erdogan oder die AKP Politik zu machen.

Was im Mülheimer Integrationsrat, warum auch immer, zuletzt vorgeführt wurde, war ein Bären-dienst für Integration in unserer Stadt. Von den im Logo des Mülheimer Integrationsrats angegebenen Grundprinzipien Akzeptanz und Toleranz (siehe Logo oben) war zuletzt

Deutsches Asylrecht überholt und kontraproduktiv? Statt dessen regulierte Einwanderung und Flüchtlingskonventionen?

Bleiberecht für (fast) alle Zuwanderer? Mit dem deutschen Asylrecht ein absurder Irrweg?

Zum zweimal druckte die WAZ Ende Mai 2015 einen Artikel mit massiver Kritik der Mülheimer Grünen an der OB, weil diese im März einen Brief vieler Oberbürgermeister mit unterschrieben hatte, in dem eine Beschleunigung der Abschiebemöglichkeit für abgelehnte Asylbewerber gefordert wird. Unter der Überschrift „Grüne empört über Verhalten der OB – Wirbel um Abschiebepaxis“ reden die grünen Fraktionssprecher Giesbert und Krumwiede von Skandal: Sie schockiert, dass sich „unsere Mülheimer OB mit ihrer Unterschrift in die populistische Stimmungsmache gegen Roma und gegen die Osterweiterung einreicht“.

Wieso die Mülheimer Grünen sich Mitte Mai über den Brief vom März so aufregen, ist auch deshalb unverständlich, weil im Bundesrat auch die Grünen aus den diversen Landesregierungen dem zugestimmt haben, was die OBs inkl. Frau Mühlenfeld gefordert hatten. Wieso das im Übrigen „populistische Stimmungsmache gegen Roma und gegen die EU-Osterweiterung“ sein soll, bleibt weiterhin ein Rätsel. Es ging und geht vornehmlich um die vielen Zugereisten aus dem Kosovo, Serbien oder Mazedonien, die ohne Visum herkommen können, Asyl beantragen, aber nahezu zu 100% kein Asyl bekommen. Diese Länder sind bekanntlich nicht in der EU. Die Sinti und Roma, die z.B. aus Bulgarien, Rumänien oder Ungarn kommen, sind aber EU-Bürger. Die brauchen keine Asylgesuche, um hier bleiben zu können.

Ganz unabhängig davon blasen die Mülheimer Grünen in das Horn derjenigen, die ein Bleiberecht für (fast) alle fordern, unabhängig davon, ob er/sie die Kriterien des Asylrechts erfüllt oder nicht.

Wer das aber will, der müsste logischerweise das Asylrecht ganz abschaffen, wie es auch der unten stehende FAZ-Artikel darlegt. Man muss ja nicht mit allem aus der FAZ übereinstimmen, doch noch weniger ist man auch gleich Nazi oder Rassist, wenn man mehr Ehrlichkeit in der ganzen aufgeheizten Diskussion fordert. In

der bundesweit hochgelobten Mülheimer Flüchtlingsiedlung Augusta-/Gustavstr. z.B. sind viele Serben und Kosovaren (die sich mitunter bekanntlich spinnefeind sind) und nur wenige Kriegsflüchtlinge aus den apokalyptischen Zuständen etwa Syriens, des Irak usw.. Wenn man das nicht mehr ansprechen, hinterfragen oder gar ändern darf, läuft etwas sehr falsch und die positive Willkommenskultur, derer Mülheim sich zu Recht rühmt, wird sich zur Sackgasse entwickeln. Der Fall mit der hochgradig aggressiven albanischen Großfamilie, die wegen der absurden Asylverfahren trotz mehrfacher großer Probleme nicht abschiebbar ist, sollte zum Nachdenken führen, vgl. WAZ/NRZ vom 22.5.15: *“Die Stadt will das Asylverfahren gegen eine Großfamilie aus Albanien, die seit etwas über einem Jahr in Mülheim lebt*



und am Mittwoch bei einer Auseinandersetzung mit städtischen Bediensteten und der Polizei brutal aufgefallen ist, „mit Nachdruck beschleunigen“. Zum wiederholten Male sei die Gastfreundschaft von einzelnen Familienmitgliedern „mit Füßen getreten worden“, erklärte der Leiter des Ordnungsamtes. Erneut seien auch Mitarbeiter des Amtes aufs Äußerste bedroht worden.”

Die Schulen stehen ferner mit den großen Zuwandererströmen vor sehr, sehr schwierigen Aufgaben. In Mülheim gab es zuletzt ca. 550 sog. „Seiteneinsteiger“ und monatlich kommen ca.30 hinzu. In Duisburg sind es über 1300, davon fast 600 Grundschüler. Eine gigantische Herausforderung, wenn nicht gar Überforderung für viele Schulen, denn diese Schüler sind sinnvollerweise nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt. Auch für diese Problematik werden schnell Lösungsansätze gebraucht, keine weiteren erhobenen Zeigefinger o.ä..

Die Akzeptanz der Flüchtlinge und Zugereisten in der Mülheimer Bevölkerung wird durch letzteres nicht gerade verbessert.

Auszüge aus FAZ vom 19.5.15: "Abschiebungen: Warum überhaupt noch ein Asylrecht?"

"Die Verteufelung von Abschiebungen setzt durch die Hintertür eine Einwanderungspolitik durch nach dem Motto: Bleiberecht für alle. Wozu dann aber noch ein Asylrecht?

Ein abgelehnter Asylbewerber muss nicht in jedem Fall in sein Heimatland zurückkehren. Er kann immer noch als Flüchtling anerkannt werden oder aber geduldet werden, weil eine Abschiebung wegen der Zustände in seinem Herkunftsland (Hunger, Armut, Naturkatastrophe) inhuman wäre. Formal ist er dann ausreisepflichtig, darf aber bis auf weiteres bleiben. Die radikalen Befürworter des deutschen Asylrechts wollten eines seit jeher nicht wahrhaben: Das Asylrecht, wird es nicht rechtsstaatlich konsequent verwaltet, wird dermaßen ausgehöhlt, dass nichts mehr von ihm übrig bleibt.